

In: Gertraud Diendorfer, Gerhard Jagschitz, Oliver Rathkolb (Hrsg.)
Zeitgeschichte im Wandel. 3. Österreichische Zeitgeschichtetage 1997,
S189-192, Studien-Verlag:

Alexandra Schwendenwein

Staat und zivile Gesellschaft in Mali:

Chancen und Wege von Demokratisierung in Selbstbestimmtheit

Leben ist Entwicklung. Sie findet in jedem lebendigen Organismus und somit auch in jeder menschlichen Gemeinschaft statt. Konstruktive Entwicklung besteht in Entfaltung des eigenen Potentials zum individuellen und gemeinschaftlichen Nutzen.

In Mali wie in anderen so genannten Entwicklungsländern hemmen Fremdbestimmung und wirtschaftliche Ausbeutung diesen konstruktiven, organischen Prozess. Die von Zentralismus und Assimilationspolitik geprägte Kolonialherrschaft Frankreichs hat in Mali eine Entwicklung eingeleitet, welche die gewachsenen politischen und wirtschaftlichen Strukturen verdrängt und ein fremdes System autoritär etabliert hat.

Die Kolonialmacht ernannte sich 1883 zum Mutterland; der fremde Staat hob von da an Steuern ein, rekrutierte ZwangsarbeiterInnen und beutete das Land aus. Nach und nach wurden auch Einheimische instrumentalisiert, um die Ziele der Kolonialherren durchzusetzen; so wurden zum Beispiel auf unterer Ebene in den Verwaltungsbezirken Malier als Bezirkschefs eingesetzt. Widerstand der bäuerlichen Bevölkerung wurde im Selbstverständnis der sich als höherwertig betrachtenden Kolonialherren rigoros bekämpft. Eine Chance, sich aus der Fremdherrschaft zumindest im Sinne der physischen Kolonisation zu befreien, bot westliche Schulbildung, also Assimilation. Das kolonialistische Schulsystem war allerdings eines der Instrumente der psychischen Kolonisation und entfremdete die MalierInnen ihrer eigenen Kultur und Tradition. Nichtsdestoweniger waren es gerade die europäisch gebildeten afrikanischen Eliten, die den Weg in die Unabhängigkeit erfolgreich vorbereiteten. Nach der Unabhängigkeitserklärung 1960 übernahmen sie dann auch die politische Führung in den von den Kolonialherren auf gebauten Staatsstrukturen. Das unabhängige Mali unter seinem ersten Präsidenten Modibo Keita wählte die Option Socialiste, um einen Staat nach marxistischem Modell aufzubauen. Kernpunkte der Politik waren die Errichtung von Staatsbetrieben und eine planifizierte Agrarpolitik. Damit rückte Mali zwar deutlich vom gaullistischen Frankreich ab, orientierte sich aber weiterhin an



fremden Strukturen und Denkmodellen. Diese Politik nach fremdem Modell scheiterte auf allen Ebenen. Ebenso scheiterte der Versuch, Mali mit der Einführung einer eigenen Währung aus dem Einflussbereich Frankreichs weitergehend zu befreien. Diese Maßnahme hielt dem internationalen wirtschaftspolitischen Druck nicht stand und musste unter schweren Einbußen ab 1967 wieder rückgängig gemacht werden. Noch im gleichen Jahr begann die Regierung, Maßnahmen zu setzen, um einem Scheitern der Option Socialiste vorzubeugen, und ging zunehmend repressiv gegen politische Opposition vor. Die wachsende Unzufriedenheit der Bauern erreichte im Juni 1968 in einem großen Bauernaufstand ihren Höhepunkt. Im darauf folgenden November kam es zu einem Militärputsch unter der Führung von Moussa Traoré.¹ Sein Comité Militaire de Libération Nationale (CMLN) gab das illusorische Versprechen, Mali in einem Zeitraum von sechs Monaten aus dem wirtschaftlichen Tief zu führen. Tatsächlich änderte sich unter der Militärregierung, die zehn Jahre lang an der Macht blieb, wenig an der Wirtschaftspolitik. Mit der Gründung einer Staatspartei, der Union Démocratique du Peuple Malien (UDPM), gab sich die Regierung ab 1978 ein ziviles Gesicht. Traoré blieb Staatschef. Die Kluft zwischen Staat und Bevölkerung, Zentrum und Peripherie war damit keineswegs behoben: Der Staat verordnete nach wie vor Fünf-Jahres-Pläne, politische und soziale Kräfte wurden in parteiabhängigen Strukturen gebunden. Ab 1987 trieb die Regierung die Einführung dörflicher Vereinigungen² voran. Diese trugen zwar den Namen einer traditionellen dörflichen Struktur, hatten damit aber wenig zu tun. Da sie in erster Linie den Zielen der staatlichen - sprich fremdorientierten - Agrarpolitik dienten und den Bäuerinnen und Bauern innerhalb dieser Vereinigungen keinerlei juristische oder politische Autonomie gegeben wurde, setzten sich diese Strukturen auch nur bedingt durch; was einmal mehr die Problematik fremdverordneter Strukturen verdeutlicht.

In den sechziger Jahren propagierten westliche EntwicklungstheoretikerInnen die Idee, Ein-Parteieregime wären ein wünschenswerter Entwicklungsmotor für die ehemaligen Kolonien, die eben noch nicht reif für Demokratie westlicher Prägung wären. Unvermindert, wenn auch in anderen Ausdrucksformen, wirkt der hierarchisch-pädagogische Anspruch der westlichen Länder gegenüber den Ländern des Südens weiter. Der reduzierte Inhalt des Begriffs von Entwicklung als Optimierung wirtschaftlicher Nutzung sowie Staat und Demokratie wurden und werden ausschließlich im Sinne des so genannten Westens verstanden. Entwicklung bedeutet demnach Industrialisierung, Technisierung und Wirtschaftswachstum, Staat bedeutet Nationalstaat, Demokratie bedeutet Parteienpluralismus. Formen, die diesen Festlegungen nicht entsprechen, also andere kulturelle und soziale Strukturen, werden abgewertet, sie werden nicht als anders



geformte Errungenschaften, sondern grundsätzlich als zu überwindende Minderwertigkeit angesehen, als unterentwickelt und rückständig bezeichnet. Das impliziert die Wahnvorstellung, der so genannte Westen habe die beste aller möglichen Kulturen entwickelt, was angesichts des erzeugten Elends, der Kriege und der weltbedrohenden Umweltvergiftung ernsthaft in Zweifel gezogen werden muss.

Mali konnte ab 1981 die Durchführung von Strukturanpassungsprogrammen der Weltbank nicht länger abwenden, und so verschlechterten sich die Lebensbedingungen der MalierInnen massiv. Insbesondere die Schließung von Staatsbetrieben und der Aufnahmestopp für BeamtenInnen führten zu steigenden Arbeitslosenraten. Die Unruhe in den Städten wuchs. Der Zusammenbruch der Ostblockstaaten, der sogenannte „Ostwind“, die internationale Debatte um Demokratie als Voraussetzung für Entwicklung und nicht zuletzt der Einfluß Frankreichs gaben dem Streben nach Veränderung wieder eine exogen bestimmte Richtung. Eine Demokratiebewegung entstand, getragen durch städtische Eliten, die die sozialen Kräfte im Rahmen von zivilen Organisationen einete.

1991 führte das schließlich zum Sturz des Diktators Moussa Traoré³ nach 23jähriger Herrschaft.

Aber auch die demokratische Regierung der nunmehrigen Dritten Republik sah sich bald mit destabilisierenden Kräften konfrontiert. Die Richtlinien der Strukturanpassungsprogramme zwangen zu weiteren Sparmaßnahmen, und die Entwertung des Franc CFA um 50% im Jänner 1994 führte erneut zu finanziellen Engpässen und Kürzungen. So wurden die großen Hoffnungen, die die MalierInnen in die Demokratisierung gesetzt hatten, vielfach enttäuscht.

Anhand dieser historischen Entwicklung lassen sich Muster aufzeigen, die seit der Kolonialzeit die Geschichte Malis prägen: Die staatlichen Strukturen und das Bildungswesen in ihrer heutigen Form haben ihre Wurzeln in der Kolonialzeit. Sie tragen das Erbe aus dieser Zeit weiter und bilden auch Eingang für fortdauernde Fremdbestimmung, die nicht zuletzt vom Weltwirtschaftssystem genutzt und forciert wird. Obwohl 90% aller MalierInnen auf dem Land leben, konzentrieren sich Macht und politischer Einfluss im städtischen Zentrum, bei den europäisch gebildeten Eliten, im Staat. Verstädterung und westliche Bildung entfremden die MalierInnen in ständig zunehmendem Maße den traditionellen Strukturen und Werten. Nach wie vor orientieren die westlich gebildeten Eliten Staat, Politik, Wirtschaft und Bildungswesen an westlichen Modellen.

Viel Neues ist in Mali seit 1991 trotzdem im Gange: Seit der demokratischen Öffnung sind rund 60 Parteien und ca. 4000 registrierte Vereinigungen verschiedenster Art entstanden.



Gehälter werden regelmäßig bezahlt, Straßen werden gebaut, eine Universität wurde gegründet. 1997 soll erstmals keine Budgethilfe von Frankreich mehr nötig sein.

Ein großes Dezentralisierungsprojekt soll Kompetenzen, Mittel und Verantwortung von der Hauptstadt auf regionale Ebenen verlagern. Das lässt auf Verbesserungen für die Landbevölkerung zumindest hoffen. Vor allem aber könnte sich hier die Möglichkeit zur politischen Einflussnahme bieten und eine konstruktive Synthese von traditionellen Werten und Formen des Zusammenlebens und dem Fremden, das bereits zu einem Teil der Entwicklung Malis geworden ist, entstehen. Der hohe Stellenwert sozialer Beziehungen in den traditionellen malischen Gesellschaften bietet ein Potential zur Humanisierung westlichen Wirtschaftsdenkens im Sinne und zum Nutzen der Gemeinschaft. Die große Humanität dieser Strukturen zeigt sich neben vielem anderen im traditionellen Bildungswesen⁴: jedes Kind erfährt eine schrittweise Sozialisation und Einführung an seinen Platz in der Gesellschaft, ein Durchfallen und somit Scheitern wie in der westlichen Leistungsgesellschaft wäre hier gar nicht möglich. Auch die große Wertschätzung alter Menschen zeugt von der humanen Überlegenheit dieser traditionell gewachsenen Werte gegenüber der westlichen Norm. Ein Einbeziehen dieser Werte in das politische Handeln könnte das Entstehen neuer Formen demokratischer Gemeinwesen begünstigen.

Es steht fest, dass Entwicklung keine westliche Erfindung ist, sondern ein allen menschlichen Gemeinschaften immanentes Phänomen. Damit Entwicklung konstruktiv, das heißt den in einer Gemeinschaft lebenden Menschen dienlich, stattfinden kann, müssen die Strukturen, in denen diese Gemeinschaften leben, auf der eigenen sozialen und kulturellen Identität basieren.

Wie weit die politische Umsetzung von Demokratisierung und Dezentralisierung in Mali dieser Notwendigkeit Rechnung tragen wird, ist noch nicht abzusehen. Erstmals bietet sich jedoch auch eigenständigen politischen Modellen und Möglichkeiten Raum zur Entfaltung; zu einer Entwicklung, die nicht primär wirtschaftsdienlich ist, sondern lebensdienlich.

Anmerkungen

1 Vgl. dazu: Sanankoua, Bintou: La chute de Modibo Keïta. Paris 1990

2 Zum Thema Förderung dörflicher Vereinigungen siehe auch: Tag, Sylvia: Paysans, Etat et démocratisation au Mali. Enquête en milieu rural. Hamburg 1994, S.52-55.

3 Ausführlich dargestellt in Schwendenwein, Alexandra: Die Revolution in Mali 1990/91: Sturz des Diktators Moussa Traoré. Diplomarbeit, Univ. Wien 1994

4 Vgl. dazu ausführlich: Tedla, Elleni: African Thought and Education. New York 1995

